

Deutschland stolpert von Krise zu Krise

# Wahlverlierer gegen Wahlgewinner

Die «Schweizerzeit» im Gespräch mit Peter Boehringer, AfD-Mitglied im Deutschen Bundestag (1. Teil)

Peter Boehringer hat als Publizist insbesondere zu Währungs- und Goldfragen sowie mit wohlfundierter Kritik an der Einheitswährung Euro über die Grenzen Deutschlands hinaus grosse Anerkennung gefunden. Seit bald einem Jahr sitzt er für die AfD im Deutschen Bundestag, wo ihm das Präsidium über den ständigen Ausschuss für Haushalt- und Finanzpolitik übertragen wurde.



Die «Schweizerzeit» hat mit Peter Boehringer während der Sommerferien ein ausführliches Gespräch geführt. In einem ersten Teil unterhielten wir uns mit Peter Boehringer insbesondere über aktuelle Einwanderungsfragen.

**Konfuse Migrationspolitik**  
«Schweizerzeit»: Herr

Boehringer – weit mehr besorgt als hämisch gefragt: Wie geht es der EU-Führungsmacht Deutschland?

Peter Boehringer: Die Lage erscheint verworren. Wer genau hinschaut, gelangt aber rasch zum eigentlichen Problem: Deutschland und die EU stehen vor der Tatsache, dass die Einheitswährung nicht funktioniert. Und dass die in Berlin und Brüssel beschlossenen flüchtlingspolitischen Scheinmassnahmen in der Bevölkerung auf breite Ablehnung stossen.

Der Rest ist Parteipolitik: Über der CSU, die einst rechts von ihr keinerlei Konkurrenz duldete, schwebt das Damoklesschwert der Landtagswahl in Bayern im kommenden Herbst. Die CSU ist es gewohnt, mit komfortabler absoluter Mehrheit zu regieren. Sie erreichte einmal gar sechzig Prozent der Wählerstimmen. Derzeit, mit ihrem von täglichen Schwankungen geprägten Kurs in der Flüchtlingspolitik, befindet sie sich in der Wählergunst im freien Fall. Möglicherweise sinkt sie unter vierzig Prozent. Al-

leinregierung in Bayern wird für die CSU zur Illusion. Entsprechend nervös bewegt sie sich in der Innenpolitik.

Andererseits erreicht die AfD bundesweit in Umfragen einen Stimmenanteil von jetzt siebzehn Prozent – während die SPD auf ebenfalls siebzehn Prozent abgesunken ist.

Die rigorose Ausgrenzungspolitik der Verlierer der Bundestagswahl 2017 gegenüber der AfD vertieft bloss die Krise der traditionellen Parteien angesichts der völlig ungelösten Migrationsfrage und angesichts der offensichtlich nicht funktionierenden Währungsunion. Die weiterhin zunehmende Überschuldung zahlreicher EU-Länder – zumeist finanziert durch die Europäische Zentralbank (EZB) und Deutschland – ist das Ergebnis des sturen Festhaltens der Koalitionsparteien an längst gescheiterten Konzepten.

Da machen die Wähler nicht mehr mit. Umwälzungen sind folglich auch für Deutschland zu erwarten – wobei der Zerfall der CSU in Bayern bundespolitisch noch keine Wende auslösen dürfte.

## Handlungsfähigkeit

Nach der letzten Bundestagswahl dauerte es ein halbes Jahr, bis Deutschland endlich eine Regierung bilden konnte, die anfänglich als handlungsfähig erschien. Nun zeigt sich, dass die mühsam zusammengeschusterte Koalition aus CDU, CSU und SPD insbesondere in der Flüchtlingsfrage kaum zu substanziell hilfreichen Beschlüssen fähig ist.

## ADELBODEN

Chalet Panorama, Neubau, modern und ökologisch ausgerüstet, idealer Zugang (Nähe ö.V.) mit Parkplatz, viel privatem Umschwung und einzigartiger Aussichtslage, Dauermiete.

**Unterlagen anfordern: 033 251 32 56**

Bild: Haus noch im Rohbau.

BERN

Wunderschöne 2.5 Zimmer-Wohnung zu vermieten.

Gesellschaft für ein freihetliches Waffenrecht  
Société pour un droit libéral sur les armes  
Società per un diritto liberale sulle armi

Geeint sind wir stark.  
Unis, nous sommes forts.  
Uniti siamo forti.

**Jetzt Mitglied werden!**  
Inscrivez-vous maintenant!  
Iscrivetevi subito!

www.protell.ch/jetzt  
www.protell.ch/maintenant  
www.protell.ch/subito

☎ 031 312 19 78

## PROTELL

Die Regierung versucht, allein mit Wortspielereien den Anschein zu erwecken, sie korrigiere ihre Politik. In der Sache hält Angela Merkel aber stur an der von ihr allein bestimmten Flüchtlingspolitik fest. Man diskutiert zwar Grenzschutzmassnahmen. Die Bevölkerung erwartet allerdings eine echte, sichtbare Weichenstellung – in Form markanter Begrenzung der Einwanderung. Der von der Regierung versuchte Etikettenaustausch wird vom Wähler als Etikettenschwindel durchschaut. Beschwörung von EU-Zusammenarbeit mit dem Ziel, «gemeinsame Lösungen» zu finden, weckt weder in der Bevölkerung noch bei den sogenannten «EU-Partnerländern» irgendwie positives Echo. Kein Land bzw. keine Bevölkerung in irgend einem Land will dauerhaft Flüchtlinge aufnehmen oder sich gar von Brüssel zuweisen lassen! Auch die neue spanische Regierung erfährt bereits enormen Widerstand in ihrem Land, obwohl die aktuell aus Marokko ankommenden Migranten ohnehin weiter nach Frankreich und Deutschland wollen.

#### Dialogverweigerung

*Ihre Partei, die AfD (Alternative für Deutschland), die eindeutige Wahlsiegerin der letzten Bundestagswahl, spielt in dieser «deutschen Krise» offensichtlich eine massgebende Rolle – allerdings als zur Passivität verurteilte Wahlsiegerin. Als Beobachter gelangt man zum Eindruck, dass sich die Koalitionspartner nur noch in einem Punkt einig sind: Dass die AfD konsequent aus allen Entscheidungen auszugrenzen sei. Dialogverweigerung der Wahlverlierer gegenüber der Wahlgewinnerin: Was resultiert daraus?*

Die Dialogverweigerung hat einen Grad an Sturheit erreicht, der kaum mehr übertroffen werden kann. Die Koalitionsparteien, allesamt Wahlverlierer, klammern sich krankhaft an die Hoffnung, die AfD mittels – von den Medien konsequent mitgetragener – Dialogverweigerung mittelfristig zum Verschwinden bringen zu können.

Politisch bezeichnend ist dabei, dass alle Parteien mit Ausnahme der AfD das Konzept «Dublin IV» im EU-Parlament geschlossen unterstützt haben.

#### Dublin IV

*Dublin IV – was ist das?*

Dublin IV wird bezüglich Migrationspolitik alle Dämme in Europa einreissen. Heute, im Rahmen des geltenden Konzepts Dublin III, muss jenes EU-Land das Asylverfahren durchführen, das ein Asylsuchender als erstes EU-Land betritt.

Dublin IV stellt die Dinge auf den Kopf: Der sich selber als «Flüchtling» etikettierende Einwanderer erhält faktisch die freie Niederlassung innerhalb des Schengen-Systems in der EU. Wer als Einwanderer angeben kann, in welchem Schengen-Land er Freunde, Verwandte oder Bekannte hat, der erhält einen Rechtsan-

spruch, an jenen Ort, an dem die von ihm erwähnten Verwandten oder Freunde wohnen, hin verbracht zu werden, um dort seinen Asylantrag stellen zu können, was in Deutschland derzeit in über neunzig Prozent aller Fälle zu dauerhaftem Aufenthalt führt! CDU, FDP und CSU haben diesem verheerenden Konzept im EU-Parlament nahezu geschlossen zugestimmt.

Dublin IV wird Deutschland – voraussichtlich auch der Schweiz – mit Sicherheit neue, unabsehbare «Flüchtlingswellen» bescheren. Absolute Migrationsfreizügigkeit will Brüssel gegenüber allen Schengen-Ländern durchsetzen. Jene wenigen Länder, die den Einwanderern als attraktiv erscheinen (Deutschland, die Schweiz, allenfalls Schweden und wenige andere), werden alle aufnehmen müssen, die anderen keine.

Damit kapituliert die deutsche Bundesregierung – mit ihr auch die Regierungen der Schweiz sowie der anderen genannten Länder – vor der Massenimmigration, welche die EU diesen Ländern verordnet. Schwierige Zeiten kommen auf uns zu!

#### Wieviele Wähler werden missachtet?

*Welche Zahl an Wählerinnen und Wählern hat eigentlich der AfD zu ihrem Wahlsieg mit zweistelligem Prozentanteil an Wählerstimmen verholfen?*

Das waren anlässlich der Bundestagswahl 2017 rund sechs Millionen Wählerinnen und Wähler. Das Machtkartell zu Berlin dekretiert, dass die Beweggründe dieser AfD-Wähler aus allen parlamentarischen Diskussionen rigoros zu verbannen sind. So steht es mit der Demokratie in Deutschland!

Freilich: Die AfD, eine noch junge Partei, wird diese Ausgrenzungsphase überstehen. Auch die FPÖ – manchmal als unsere Schwesterpartei in Österreich etikettiert – erreichte ihre schliessliche Regierungsbeteiligung, nachdem sie in einzelnen Bundesländern derart grosse Wähleranteile hinter sich zu bringen vermochte, dass sie von der Regierungsbeteiligung nicht mehr ausgeschlossen werden konnte.

Gemäss Umfragen kann die AfD zum Beispiel in Sachsen, wo ebenfalls bald Landtagswahlen anstehen, stärkste Partei werden. Gelänge entsprechender Wahlerfolg, dann dürfte die AfD kaum mehr von der dortigen Regierungsbildung ausgeschlossen werden, was die Altparteien dort aber dennoch versuchen werden.

#### Der Sündenfall

*Wie wird eigentlich die politische Ausgrenzung der AfD begründet?*

Wir äussern als einzige Partei offen, dass wir ans Multikulti-Idyll nicht glauben. Es geht bei der stattfindenden Massen-einwanderung um Verdrängung, nicht um Integration.

Mit dieser Feststellung – so behaupten die Koalitionsparteien – würde die AfD Bürgerkriegsängste «bewirtschaften». CDU, CSU und SPD stellen sich blind gegenüber Realitäten – z.B. der Kriminalitätsentwicklung, wie sie bereits heute vor allem in «Scharia-Quartieren» deutscher Städte sichtbar werden. Hält die Blindheit an, wird das sich gefährlich entwickeln – weiterhin vorsätzlich «übersehen», dann könnte Bürgerkriegsgefahr tatsächlich entstehen.

Wir wollen durch rechtzeitige Gegenmassnahmen Entwicklungen stoppen, die bürgerkriegsähnliche Unruhen auslösen könnten.

Wenn sich Immigranten in eigenen Quartieren, in eigenen Blocks sammeln und sich von allen anderen Stadtbewohnern rigoros abgrenzen, wenn sie in den von ihnen dominierten Quartieren Sunna und Scharia durchsetzen, dann treten Entwicklungen ein, die mit papierernen Appellen an «multikulturelle Menschlichkeit» und «multikulturelles Miteinander» nicht mehr aufgehalten werden können.

Denn da findet Verdrängung und zunehmend islamische Monokultur statt, nicht Integration. Gläubige Muslime, welche hier in Deutschland die Scharia höher gewichten als beispielsweise die Erklärung der Menschenrechte, begehen vorsätzliche Integrationsverweigerung.

*Wie beurteilen Sie persönlich die Flüchtlingssituation in Deutschland und in der EU?*

Die Zahlen dazu sind bekannt. Es verstecken sich dahinter Probleme, die allerdings nicht nur mit Zahlen erklärbar sind. Sobald man zum Beispiel die Kindergärten in städtischen Gebieten ins Auge fasst, stellt man dramatische Veränderungen fest: Sehr viele Kindergärten sind klar muslimisch geprägt. Es gelten dort andere Regeln. Den muslimischen Kindern wird zuhause eingetrichtert, wie sie mit «Gläubigen» und wie mit «Ungläubigen» zu verkehren haben.

Nicht nur «gewöhnliche Bürger», auch Fachleute der Immigration stellen fest: Wenn der muslimische Anteil

## AUS GRENDELMEIERS «REICH DER MENSCHEN»



### Schulhausbau

Jüngst weilte ich mit meiner Frau in einem neuen Schulhausbau. Bevor dort das Konzert begann, sah ich mir die Umgebung an.

Der Boden: Graues Duralon,  
die Wände: Grauer Sichtbeton.  
Und grau natürlich auch die Decke bis in die allerfernste Ecke.

Als Zierde wohl in voller Länge verschiedenartigstes Gestänge horizontal und vertikal,  
Material: Chromnickelstahl.

Ich wüsste allzu gern genauer:  
Was für ein Mensch war der Erbauer,  
das heisst, wer schuf nur dies' Projekt?  
Ein Luftschutzkeller-Architekt?

an der Bevölkerung zehn Prozent überschreitet, treten kaum mehr korrigierbare, gefährliche Entwicklungen ein. Oft und rasch wird dann die Anerkennung der Scharia als gleichwertig zum deutschen Gesetz verlangt.

Dies sind die Beobachtungen und Entwicklungen, welche die Bevölkerung zu Recht beunruhigen. Diese gesellschaftlichen Veränderungen lösen Unruhe und Widerstand aus.

Im Blick auf die EU ist immerhin ein Lichtblick zu registrieren: Endlich entfaltet die italienische Regierung echte Anstrengungen, das Haupteinfallstor illegaler Einwanderung nach Europa zu schliessen.

S.

*Im zweiten Teil des Interviews, das in der nächsten «Schweizerzeit» erscheint, steht die Euro-Krise im Mittelpunkt.*

*Das Interview mit Peter Boehringer führte Ulrich Schlüer.*



**ZANETTI**  
CH-7742 POSCHIAVO  
Telefon 081 844 09 08  
Telefax 081 844 10 20  
Mail: [info@zanettispecialita.ch](mailto:info@zanettispecialita.ch)  
[www.zanettispecialita.ch](http://www.zanettispecialita.ch)

**Filiale Bahnhof Chur**  
(nur 1 Minute vom  
Billettschalter entfernt)  
Telefon 081 253 60 60




Grüezi und herzlich willkommen bei RUVOR!

**RUVOR 24-Stunden Alarmempfangszentrale:**  
**071 272 21 21**

- 24-Stunden Alarminterventions-DienstControl Room
- Areal-Kontrollen Tag und Nacht
- Aussen- und Innenkontrollen
- Schliess- und Öffnungsdienste

**RUVOR MANAGEMENT AG**  
Alte Bildstrasse 5, 9015 St. Gallen



Ausser Kontrolle geratene Währungsunion steht am Abgrund

# Euro-Krise: Alles andere als gelöst

Die «Schweizerzeit» im Gespräch mit Peter Boehringer, AfD-Mitglied im Deutschen Bundestag (2. Teil)

Während im ersten Teil des Interviews die ausser Kontrolle geratene Masseneinwanderung im Mittelpunkt stand, geht es im zweiten Teil um die Euro-Krise.



Peter Boehringer war ein Einheitswährungs-Kritiker der ersten Stunde. Im Deutschen Bundestag nimmt er als Vorsitzender des Haushalt-Ausschusses bezüglich Euro-Krise eine Schlüsselstellung ein.

## Ausschuss-Beratungen

«Schweizerzeit»: In Deutschland gilt die Regel, dass das Präsidium des ständigen Haushalt-Ausschusses – er entspricht der Finanzkommission des schweizerischen Nationalrats – im Deutschen Bundestag der stärksten Oppositionspartei zufällt. Diese Regel ist auch gegenüber der AfD eingehalten worden. Sie, Herr Boehringer, präsidieren diesen Ausschuss. Die Aufgabe muss Ihnen, weit

über die Grenzen Deutschlands hinaus als Publizist zu Währungsfragen bekannt und geschätzt, besonders liegen.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit in diesem Ausschuss?

Peter Boehringer: Sie funktioniert gut, solange bei geschlossenen Türen beraten wird. Die Mitglieder auch anderer Fraktionen anerkennen, dass wir in der Sache kompetent sind und organisatorisch einen geordneten Ablauf der Beratungen garantieren. Dies ist auch zwingend erforderlich: Allein der Bundeshaushalt füllt dreitausend Druckseiten. Die Staatsrechnung besteht aus rund hunderttausend Positionen. Zu jeder Position wird der Ausschuss mit Informationen versorgt. Da den Überblick zu bewahren, ist nicht einfach. Dass uns effiziente Leitung gelingt, wird anerkannt.

## Schlimme Folgen ohne safe4u-Alarmanlage



## Ruhig schlafen mit safe4u-Alarmanlage



### Vorteile der safe4u-Alarmanlage:

- ✓ Sofort einsatzbereit, ohne Montage und Installationen
- ✓ Einfache Bedienung, sicher vor jeglicher Manipulation
- ✓ Ohne Funk, WLAN, Elektromog, zertifiziert strahlenfrei
- ✓ Für jedes Haus, Wohnung, Geschäft und Gewerbe
- ✓ Ohne: Folgekosten, Service-Abo, Wartung etc.



Wir beraten Sie gerne!



Christoph A. Ziegler  
+41 (0)76 389 02 15  
christoph.ziegler@safe4u.ch



Alexander Haring  
+41 (0)79 822 93 75  
alexander.haring@safe4u.ch

Sobald aber Kameras, sobald Medien zugelassen sind – etwa in Medienkonferenzen zu Verhandlungsergebnissen – findet der einseitige Schlagabtausch gleichsam notorisch statt: Wer zur AfD gehört, wird ständig und pauschal als rechtsradikal diffamiert.

Dass ich mich auf einem Schleudersitz befinde, ist mir bewusst. Sollte mir je ein gravierender Fehler bei der Ausschuss-Leitung unterlaufen, dann dürfte eine als Show aufgezugene demonstrative Absetzung das Resultat sein.

### Die Euro-Krise

*Wie beurteilen Sie heute den Stand der Krise rund um die Einheitswährung Euro?*

Der Euro ist, wie ich seit dessen Ankündigung betone, eine Fehlgeburt. Eine Währungsunion für Länder sehr unterschiedlicher Wirtschaftskraft wird nie funktionieren.

*Weshalb hat der Euro trotzdem bis heute überlebt?*

Die Europäische Zentralbank EZB stützt den Euro Tag für Tag mit durchschnittlich einer Milliarde Euro. Für diese Summe erwirbt die EZB laufend Wertpapiere von EU-Mitgliedsländern zu deren zweifelhaftem Nominalwert. Die Einstellung solcher Stützkäufe, für

die laufend Milliarden neue Euros geschaffen werden, ist undenkbar. Ein allmählicher, schrittweiser Abbau der Stützungskäufe wurde zwar angekündigt. Realistisch ist das nicht. Staatsbankrotte mehrerer EU-Mitglieder wären das Resultat. Die Aufkäufe von wertlosen Wertpapieren dürften heimlich weitergeführt werden. Gegebenenfalls werden dafür neue, intransparente Instrumente geschaffen – die ersten Anzeichen dafür sehen wir bereits!

Der Euro hat dem jahrzehntealten Brüsseler Ziel zu dienen, mittels einer Einheitswährung die «Staatswerdung» der EU herbeizuführen. Helmut Kohl gab das lange nach der von ihm erklärtermassen «diktatorisch» gegen den Volkswillen durchgesetzten Euro-Einführung sogar zu. Heute wird sogar der Glaube verbreitet, man könne mittels «Vergemeinschaftung» der Billionen-Schulden die EU-Mitglieder zu engerer Zusammenarbeit regelrecht zwingen. Mittels Zwang will man herbeiführen, was keiner freiwillig zu tun bereit ist.

Deutschland muss alljährlich Milliarden aufwenden, um den Euro am Leben zu erhalten. Am Euro-Rettungsprogramm ist aber auch die Schweizerische Nationalbank (SNB) durch ständige Europapier-Ankäufe beteiligt. Allerdings: Die Deutsche Bundesbank muss unter Milliardenverschleiss den maroden, marktun-

Fortsetzung auf Seite 4

Das rot-grüne Zürich lässt die Alten für die «2000 Watt-Gesellschaft» schwitzen – oder sterben...  
cartoonexpress.ch  
Martin und Jürg Guhl





tauglichen Euro am Leben zu erhalten versuchen, während die Schweizerische Nationalbank Milliarden einsetzen muss, um den Franken nicht allzu stark werden zu lassen. Beide Interventionen sind falsch. Immerhin ist die der SNB weniger schädlich als der Deutschland zugemutete Milliardenverschleiss.

Die daraus resultierenden Zahlen illustrieren den stattfindenden Irrsinn: In der Bilanz der EZB figuriert derzeit ein Betrag von über zwei bis drei Billionen Euro als «Forderungsguthaben» gegen faktisch bankrotte EU-Mitgliedstaaten. Würde der Euro nicht laufend massiv gestützt, wäre ein Euro in einem freien Markt heute gewiss nicht mehr wert als etwa achtzig Rappen.

### Korrektur noch möglich?

*Aber wie kann solche Verzerrung je korrigiert werden?*

Diese Frage kann niemand seriös beantworten. Ein Blick zurück ist immerhin aufschlussreich: Zwischen 1999 und 2007, in den ersten Jahren der Einheitswährung Euro, erfolgte eine Angleichung der Zinsen leicht über deutschem Niveau in der ganzen EU. Mit der Finanzkrise 2008 drifteten die Zinsen markant und drastisch auseinander. Dies löste die Intervention der Europäischen Zentralbank aus, womit die freien Finanzmärkte der Vergangenheit angehörten. Eine Rückkehr zu Marktverhältnissen auf den

Finanzmärkten würde Dutzende Banken in der EU sofortigem Ruin aussetzen.

Mit der Idee, alle Schulden aller EU-Mitglieder in denselben Topf zu werfen, wie es von Seiten der hochverschuldeten Länder und der Brüsseler Bürokratie propagiert wird, wird das Problem verschoben, nicht aber gelöst.

Ich kann einen Vorschlag präsentieren, wie die Deutsche Bundesbank z.B. ihre «Target 2»-Guthaben (derzeit über 970 Milliarden Euro) bei den hochverschuldeten EU-Mitgliedern und der EU-Zentralbank ausgleichen könnte: Deutschland könnte etwa seine jährlichen Beiträge an die EU – derzeit rund dreissig Milliarden Euro pro Jahr – so lange gegen ausstehende Guthaben anrechnen, bis alle Schulden beglichen wären.

Innert dreissig Jahren würden die Guthaben um gegen eine Billion reduziert. Das wäre machbar, politischen Willen vorausgesetzt. Allerdings: Die EU dürfte eine solche «Übung» kaum überleben. Die enormen Risiken aus «Target 2» werden derzeit in der deutschen Presse ganz bewusst heruntergespielt, damit die Bundesbank die Salden keineswegs reduziert oder auch nur etwa auf eine Billion «begrenzt», was die Lebenslüge des Euro sehr schnell offenlegen würde.



Schweizerhaus  
Maloja  
1815 m ü. M.



Hotel Schweizerhaus, 7516 Maloja  
www.schweizerhaus.swiss  
reservation@schweizerhaus.swiss  
Tel. 081 838 28 28

#### Sonnenterrasse Restaurant Orsini

Grilladen vom Holzkohlengrill  
Gepflegt speisen (regionale und internationale Spezialitäten)  
Fondues in allen Variationen

#### Engadiner Stübli

#### Kutscher Bar Weinkeller

Feinste Cocktails  
über 300 verschiedene Weine  
wöchentliche Degustation  
individuelle, renovierte Hotelzimmer

#### Hotelzimmer

Unser Partnerhotel Metropol in Basel  
www.metropol-basel.ch

#### 10 % Rabatt auf Direktbuchungen!

Einfach auf dieses Inserat beziehen.  
Nicht kumulierbar mit anderen Spezialangeboten.

#### Urchig traditionell – modern trendig!

Eigentlich widersprüchlich und trotzdem im Einklang.



**Euro-Zusammenbruch: Was dann?**

*Wie muss man sich den Vorgang des Zusammenbruchs des Euro konkret vorstellen?*

Das weiss niemand. Es ist möglich, dass der Euro nicht in der EU, wie sie heute besteht, zusammenbricht. Der Euro könnte automatisch der Liquidation verfallen, wenn ein gewichtiges Mitgliedland, zum Beispiel Italien, aus dem Euro ausscheiden würde. Aber auch dieser Vorgang würde grösste Schwierigkeiten auslösen.

Die italienischen Wahlsieger von «Cinque Stelle» propagierten im Wahlkampf bekanntlich den Ausstieg Italiens aus dem Euro. Nach ihrem Wahlsieg wurde ihnen aus Brüssel beschieden, dass mit dem Austritt aus dem Euro die Schulden Italiens bei der Europäischen Zentralbank bzw. bei der Deutschen Bundesbank ohne jeden Verzug beglichen werden müssten: Rund fünfhundert Milliarden Euro.

Dieser «Wink mit dem Zaunpfahl» wirkte: Cinque Stelle spricht seither nicht mehr vom Austritt Italiens aus dem Euro. Die Fakten verhindern diesen Austritt. Damit verhindern die Fakten aber auch die Rückkehr zu markttauglichen Finanzmärkten.

Der Euro lebt vom Vertrauen der Bevölkerung in die Einheitswährung. Solange die Bevölkerung an den Euro glaubt, dürfte er weiter existieren – auch wenn aus der Weltgeschichte bekannt ist, dass jede je geschaffene Papierwährung – insbesondere jede Währungsunion – schliesslich zusammengebrochen ist, zumeist unter dramatisch-chaotischen Umständen. Durch exzessive Produktion immer weiterer Milliarden an Euros, mit denen faktisch wertlose Papiere aufgekauft werden, kann das System noch einige Zeit am Leben erhalten werden – auch wenn es nicht lebensfähig ist.

*Wenig erfreuliche Aussichten. Dennoch danke ich Ihnen herzlich für das Gespräch.*

S.

*Das Gespräch mit Peter Boehringer führte Ulrich Schlüer.*



**Ihr Inserat**  
*in der Schweizerzeit:*

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.  
Jederzeit und unkompliziert.

**Markus Rezzonico**  
Inerate-Akquise  
SVP-Delegierter  
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61  
markus.rezzonico@dietschi.ch

**Gewalt: Schluss damit!**

Die Schweizer FDP-Präsidentin machte doch tatsächlich «mangelnde Sprachvermittlung an junge Ausländer» mitverantwortlich für deren notorische Wochenend-Saubannerzüge. Lehrer hätten also Mitschuld, wenn Schlägerpack Sanitäter, Feuerwehrleute und Polizisten angreift.

Und mangelhaft vermitteltes Deutsch verwehre diesen Krawallanten – müssen sie verletzt ins Spital eingeliefert werden – die Einsicht, dass dem pflegenden Personal nicht unter die Röcke gegriffen werden darf (wie das zu Zürich passiert ist) ...

Feigheit der für die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung verantwortlichen Politiker, nicht fehlende Gesetze sind schuld an der Verluderung unserer Rechtsordnung.

Was wäre konkret zu tun? Die Polizei muss umgehend verstärkt werden mit Hundeführer-Detachements mit sorgfältig trainierten Diensthunden. Das wäre wirksame Prävention! Die Täter müssen gefasst und unmissverständlich bestraft werden. Wer einen Polizisten, Sanitäter oder Feuerwehrmann – die Garanten der Rechtsordnung – tötlich angreift, muss zwingend eine unbedingte Freiheitsstrafe fassen. Ausländische Täter sind – ohne je über «Härfälle» zu lamentieren – nach Strafverbüssung unverzüglich auszuweisen. Richter, welche deren Ausweisung hintertreiben, müssten namentlich verantwortlich gemacht werden für strafbare Folgetaten der Hierbehaltenen.

**Spalte rechts**

Spürbar präventive Wirkung hätte die Befolgung einer polizeilichen Praxis, die gesetzlich längst möglich ist: Wenn sich eine angriffslustige Horde für Attacken auf Ordnungskräfte zusammenrottet, müsste sie – von Polizeieinheiten mit Hunden – eingekreist und rasch gesamthaft festgenommen werden. Der Spielraum von 48 Stunden bis zur Anklageerhebung oder Freilassung müsste danach voll genutzt werden: Die in Gewahrsam Genommenen müssten somit am Montag an ihrer Lehrstelle, in der Schule fehlen. Und sich danach persönlich – nicht aus einer Horde heraus – vor Lehrmeistern oder Schulleitern für ihre Untaten rechtfertigen. Das wäre ein «Lehrblätz»!

Es fehlt nicht an Gesetzen. Es fehlt am Mut von Gewählten, die sich allzu oft allein auf das Erfinden von Ausreden für ihr Nichtstun konzentrieren. Als Versager müssen sie abgewählt werden. Auch jene, die mangelnde Sprachvermittlung beschwören, um skrupellose Gewalttäter zumindest teilweise zu entlasten.

*Ulrich Schlüer*